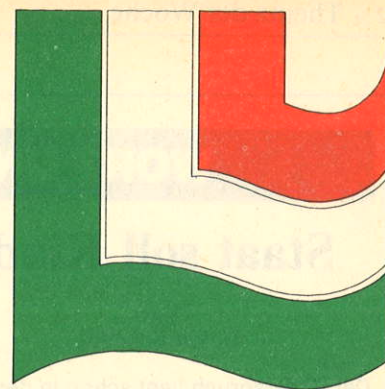


# Nordrhein-Westfalen

# Landtag

## intern 18



Die Landtags-Information für die Bürger von Nordrhein-Westfalen, 14. Jahrgang, 9. Wahlperiode, 29. 11. 1983

## Stärkere Familienförderung durch steuerliches Familiensplitting?

### WORT UND WIDERWORT

„Ein steuerliches Familiensplitting ist unsozial und – bezogen auf den Durchschnittsverdiener – familienfeindlich.“ Nur wenige Familien, nämlich die hochverdienenden, würden davon profitieren. Dies erklärte der SPD-Politiker Ulrich Schmidt und fügte an, daß Arbeitnehmer mit einem Einkommen in der Proportionalzone des Steuertarifs von einem Familiensplitting nichts hätten. – Anders der CDU-Abgeordnete Heinz-Josef Nüchel: „Es ist Zeit, daß die familien- und kinderbezogenen Hilfen des Staates in ein gerechtes System des Familienlastenausgleichs überführt werden.“ Der Staat müsse den Familien zunächst einmal das für eine angemessene Lebensführung notwendige Geld belassen.

Nach Schmidt ist das Familiensplitting ein weiterer Schritt in Richtung auf die von CDU/CSU und F.D.P. praktizierte Umverteilung von oben nach unten. Er erinnert an das 1975 von der sozial-liberalen Koalition eingeführte einkommensneutrale Kindergeld, das das Nebeneinander von Kindergeld und Steuervergünstigung beendet habe; dies sei von der CDU/CSU abgeschafft worden.

Auf ein steuerliches Familiensplitting dürfe nicht verzichtet werden, hält Nüchel dagegen. Das jetzige Steuerrecht lasse Familien und Alleinerziehende mit Kindern im Vergleich zu Menschen gleicher Leistungsstufe ohne Kinder in ihrem Lebensstandard erheblich absinken. Aber gerade die Erziehung von Kindern sei die wichtigste Funktion in der Gesellschaft. (Seite 2)

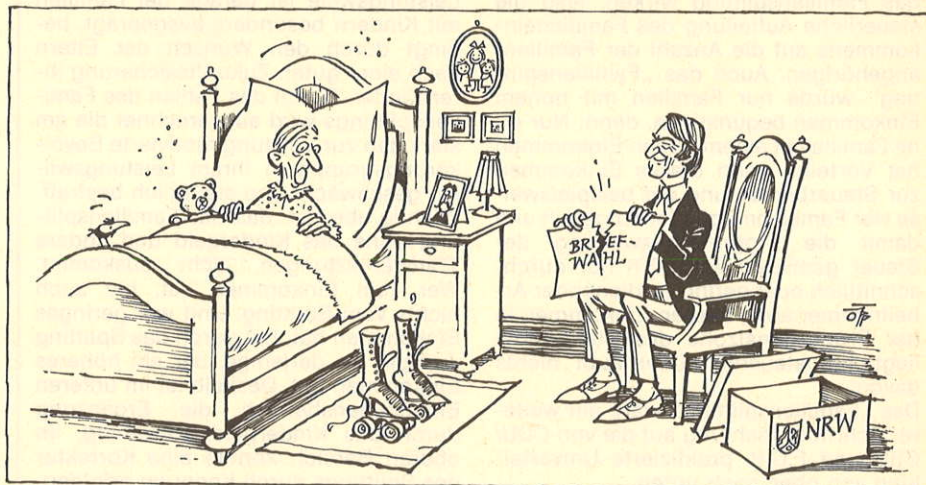
## Regierung betont bei erster Lesung geringe Steigerung

## Etat '84: CDU-Kritik an Verschuldung

Der Haushaltsentwurf für 1984 hat ein Volumen von 57,5 Milliarden Mark. Das sind nur 1,8 Prozent mehr, als für das laufende Jahr veranschlagt sind. Dennoch muß das Land zur Finanzierung dieses Haushalts insgesamt 8,8 Milliarden Mark an neuen Schulden aufnehmen. Darauf wurde von Regierungsseite bei der ersten Lesung des Haushaltsplans 1984 verwiesen.

Bei der Debatte schloß der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Theodor Schwefer, die Möglichkeit nicht aus, daß die Opposition wegen der Haushaltspolitik der SPD-Regierung doch noch das Landesverfassungsgericht anrufen wolle. Schwefer lastete der Regierung an, sie lege wie im Vorjahr einen Haushaltsentwurf vor, der die Verfassungsgrenze überschreite. Die Gesamtverschuldung des Landes werde im Jahre 1987 rund 100 Milliarden Mark betragen. NRW mit seinem Bevölkerungsanteil von 28 Prozent müsse dann 48,1 Prozent des Finanzierungsdefizits aller Länder tragen. Dem entgegnete Finanzminister Dr. Dieter Posser (SPD), die CDU solle mit ihrem Vorwurf der Verfassungswidrigkeit

„vorsichtiger“ sein. Auch der Bund liege mit seiner Neuverschuldung über der Summe der Neuinvestitionen und berufe sich auf Zulässigkeit bei Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. (Seite 3)



Demnächst Trimm-dich-Programm für Urgroßmutter? Zeichnung: Schöpfer (Westfälische Nachrichten)

## Die Woche im Landtag

### Kabelpilotprojekt

Beide Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Schlußabstimmung über den Entwurf eines Kabelversuchsgesetzes der Landesregierung im Hauptausschuß am 1. Dezember durchzuführen. Noch im gleichen Monat soll das Gesetz im Plenum verabschiedet werden. Der Versuch wird in Dortmund stattfinden und soll voraussichtlich 30000 Teilnehmer umfassen. (Seite 8)

### Ausländerunterricht

Die neuen Grundsätze zum Unterricht für ausländische Schüler, bei denen das Erlernen der deutschen Sprache an erster Stelle steht, haben sich bewährt. Zu diesem Schluß ist die Landesregierung gekommen. Die Arbeitsgruppe „Schulische und berufliche Förderung von ausländischen Jugendlichen“ ließ sich über die Entwicklung informieren. (Seite 11)

### Umweltpolitik

Umweltpolitik könne nur dann erfolgreich sein, wenn sie von allen gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam getragen werde, stellte Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose bei der Eröffnung des Umwelt Forums '83 im Landtag fest. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) betonte in seinem Grußwort, Umweltschutz sei kein Job-Killer. (Seite 13)